

Zürich, 23. September 1996

KR-Nr. 275/1996

ANFRAGE von Susanna Rusca Speck (SP, Zürich) und Bettina Volland (SP, Zürich)
betreffend Massnahmen gegen Jugendgewalt

Die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen innerhalb und ausserhalb der Schule rückt je nach Vorkommnissen und Medienberichten periodisch ins Zentrum des Interesses. Für wirksame Massnahmen braucht es jedoch Kontinuität.

Im Bericht "Gewalt und Schule" vom April 1995 rechnet die Kantonale Expertenkommission für die kommenden Jahre mit zunehmender sozialer Unruhe und mit tendenziell steigender Gewaltbereitschaft unter den Jugendlichen. Als Ursachen werden u.a. mangelnder Schulerfolg, geringe Bildungschancen, Integrationsschwierigkeiten, fehlende Zukunftsperspektiven, das Schwinden des persönlichen Verantwortungsgefühls und mangelndes Selbstbewusstsein genannt. Die Kommission hält einen Handlungsbedarf für unbestritten und empfiehlt verschiedene Massnahmen.

In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat der Regierungsrat von diesen konfliktmindernden Massnahmen Kenntnis genommen und mit welchen Mitteln ist er bereit, diese Empfehlungen zu realisieren? In welcher Form wurde beispielsweise die Prävention in der Schule verstärkt?
2. Gibt es in der ED ein Konzept für die Zusammenarbeit mit den Gemeinden, was die Gewaltprävention betrifft?
3. Wie weit ist die Organisation für ein kantonales Kriseninterventionsteam fortgeschritten?
4. Wie kann die Zusammenarbeit und die Vernetzung der verschiedenen mit Gewaltprävention befassten Stellen (Schulen, schulpsychologischer Dienst, Jugendtreffpunkte, Jugendsekretariate, Jugendanwaltschaft etc.) erleichtert werden? Was hält die Regierung von der Idee, eine kantonale Delegierte oder einen kantonalen Delegierten für Gewaltfragen (analog zu Delegiertem in Drogen- oder AIDS-Fragen) einzusetzen?
5. Noch immer bestehen beträchtliche Informationslücken über die Entwicklung und das Ausmass der Jugendgewalt. Ist der Regierungsrat bereit, dieses Datenproblem mit einer empirischen Befragung unter Schulkindern beheben zu lassen?
6. Ist der Regierungsrat bereit, die eigenständige kulturelle, gesellschaftliche und politische Entwicklung der Jugendlichen wahrzunehmen und miteinzubeziehen (z.B. erleichterte Einbürgerung, Jugendparlament)?

Susanna Rusca Speck
Bettina Volland